



Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Christina Buchheim (DIE LINKE)

Verstärkte Förderung der Fortbildung kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

Kleine Anfrage - KA 7/255

Vorbemerkung des Fragestellenden:

In ihrem Koalitionsvertrag bekennen sich CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung des kommunalpolitischen Engagements als Keimzelle der Demokratie und kündigen darin zugleich eine verstärkte Förderung der Fortbildung kommunaler Mandatsträger durch die Landeszentrale für politische Bildung an. Die angebotenen Fortbildungsseminare sollen dazu in Kooperation mit den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Studieninstitut für kommunale Verwaltung Sachsen-Anhalt e. V. weitergeführt werden.

Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Inneres und Sport

1. Wie viele dieser Fortbildungsseminare fanden in den Jahren 2014 und 2015 sowie im ersten Halbjahr 2016 mit jeweils wie vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt?

In den Jahren 2014 bis 2016 wurden und werden von der Landeszentrale für politische Bildung keine Fortbildungsseminare für kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Kooperation mit den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Studieninstitut für kommunale Verwaltung Sachsen-Anhalt e. V. durchgeführt.

2. In welcher Weise beabsichtigt die Landesregierung dafür Sorge zu tragen, dass die zukünftig angebotenen Fortbildungsseminare die berufliche, finanzielle und familiäre Situation der kommunalen Mandatsträgerinnen und der kommunalen Mandatsträger stärker berücksichtigt, um einer größeren Anzahl von ihnen eine Fortbildung zu ermöglichen?

Die Landeszentrale für politische Bildung unterstützt die Fortbildungsseminare des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Sachsen-Anhalt e. V. für kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger finanziell. Die Landesregierung wird sich hinsichtlich der verstärkten Förderung der Fortbildung kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Studieninstitut für kommunale Verwaltung Sachsen-Anhalt e. V. zu Beginn des Jahres 2017 ins Benehmen setzen und nach entsprechenden Lösungen suchen.